



An den Präsidenten
des Südtiroler Landtages
Bozen

Al presidente
del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
Bolzano

BESCHLUSSANTRAG

Nr. 5/23

Einrichtung ständiger Verhandlungstische für Kollektivvertragsverhandlungen

Im Zuge der Finanzkrise im Jahr 2009 wurden die Gehälter der öffentlich Bediensteten eingefroren und die Inflationsanpassung ausgesetzt. Diese Suspendierung wurde erst im Jahre 2015 aufgehoben.

Laut AFI betrug der Anstieg der Lebenshaltungskosten vom April 2010 bis zum April 2019 16 %. In diesem Zeitraum stieg die Bruttosonderergänzungszulage um 40 €/Monat ab 1.7.2016 und um weitere 40€/Monat ab 1.7.2017 (einheitliche Erhöhungen für alle Funktionsebenen). So betrug der Kaufkraftverlust auf Jahresbasis bei einer 6. FE € 2.700.

Die öffentlichen Bediensteten wurden nach Gehaltsstopp und Wirtschaftskrise immer wieder vertröstet, die längst fälligen Lohnanpassungen wurden aufgeschoben und dann kam Corona, von 2016 bis 2021 betrug die Inflation 8,2 %, im Jahre 2022 schnellte sie auf 9,0 % nach oben.

Hohe Preise, niedrige Löhne. Unser Leben wird immer teurer. Allein Grundnahrungsmittel wie Mehl und Reis sind zwischen April 2022 und April 2023 um 30 bis 50 Prozent gestiegen, Konsumgüter und Dienstleistungen ebenfalls. Eine Flasche Shampoo kostete im April 2023 130 % mehr als im Vorjahr, und das sind nur einige Beispiele. Die Inflation hat in den letzten Jahren auch in Südtirol, wie in vielen anderen Teilen der Welt, negative Auswirkungen auf das tägliche Leben der Menschen gehabt, die einen größeren Teil ihres Einkommens für Grundbedürfnisse wie Essen und Wohnen ausgeben müssen. Wenn die Löhne nicht im gleichen Maße

MOZIONE

N. 5/23

Istituire tavoli di trattativa permanenti per la contrattazione collettiva

A seguito della crisi finanziaria del 2009 gli stipendi nel pubblico impiego sono stati congelati e l'adeguamento all'inflazione è stato bloccato. La sospensione è stata revocata solo nel 2015.

Secondo l'IPL da aprile 2010 ad aprile 2019 l'aumento del costo della vita è stato del 16%. In questo periodo l'indennità integrativa speciale annua lorda è aumentata di 40 euro al mese dall'1/7/2016 e di ulteriori 40 euro al mese dall'1/7/2017 (aumenti uguali per tutte le qualifiche funzionali). La perdita di potere d'acquisto su base annua per una VI qualifica funzionale è stata quindi pari a 2.700 euro. Ai dipendenti pubblici è stato ripetutamente chiesto di avere pazienza rispetto al blocco degli stipendi e alla crisi economica. Gli adeguamenti salariali da tempo necessari sono stati rimandati e poi è arrivato il Covid. Dal 2016 al 2021 l'inflazione è stata dell'8,2%, nel 2022 è balzata al 9,0%.

Con i prezzi alti e gli stipendi bassi, la nostra vita sta diventando sempre più costosa. Tra aprile 2022 e aprile 2023 i generi alimentari di prima necessità come la farina e il riso sono aumentati dal 30 al 50%, e lo stesso è successo per beni di consumo e servizi. Nell'aprile 2023 un flacone di shampoo costava il 130% in più rispetto all'anno precedente, e questi sono solo alcuni esempi. Anche in Alto Adige, come in molte altre parti del mondo, l'inflazione ha avuto ripercussioni negative sulla vita quotidiana delle persone, che devono spendere una parte maggiore del proprio reddito per i bisogni primari, come il cibo e l'alloggio. Se i salari non

steigen wie die Inflation, verlieren die Menschen an Kaufkraft. Dies führt zu einem sinkenden Lebensstandard, da die Menschen weniger Möglichkeiten haben, ihre Bedürfnisse und Wünsche zu erfüllen. Die Unzufriedenheit der Bürger:innen steigt und immer mehr Menschen sind auf finanzielle Sozialleistungen angewiesen.

In Südtirol liegt das durchschnittliche Brutto-Tageseinkommen bei Vollbeschäftigung bei rund 120 Euro. Damit liegt das Lohnniveau um rund 9 % über dem italienischen Durchschnitt. Gleichzeitig liegen die Lebenshaltungskosten in Südtirol um 25 % über dem italienischen Durchschnitt. Das bedeutet, dass die Löhne in Südtirol um 25 Prozent höher sein müssten als im italienischen Durchschnitt, damit sich die Menschen in Südtirol mit ihrem Geld genauso viel leisten könnten wie im übrigen Italien. **Die Löhne steigen in Südtirol wie in Italien nicht oder nur sehr langsam, die Lebenshaltungskosten dagegen stark und sehr schnell.**

Das Beispiel einer mittelständischen Familie¹ zeigt die gravierenden Auswirkungen: Wenn eine Familie im Jahr 2019 rund 5.600 Euro für Lebensmittel ausgab, dann war das in etwa gleich viel wie in den Jahren zuvor. Ab diesem Zeitpunkt gingen diese Ausgaben rapide nach oben, 2022 gab eine mittelständische Familie bereits 7.200 Euro für Lebensmittel aus. In den ersten fünf Monaten 2023 waren es bereits 3.200 Euro, was auf das ganze Jahr berechnet 7.600 Euro entspricht. Gegenüber 2019 ist das ein **Plus von 35 Prozent**.

Die Gewerkschaften fordern zurecht höhere Löhne. Die Löhne im öffentlichen Dienst sind in Südtirol von 2014 bis 2023 nominell um 6 % gestiegen, in Österreich waren es im selben Zeitraum 25 %. Nur durch Lohnerhöhungen können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit den steigenden Kosten Schritt halten. In Umfragen (Quelle: AFI-Barometer) geben gut 30 % der Südtiroler Arbeitnehmer:innen an, nur mit **Schwierigkeiten über die Runden zu kommen**, weil der Lohn nicht bis ans Monatsende reicht.

Große Teile der Privatwirtschaft setzen bereits auf eigene Fachkräfte und binden diese mit attraktiven Gehältern und „Benefits“ an ihr Unternehmen. Da auf dem Arbeitsmarkt mittlerweile Vollbeschäfti-

gmenteigenen Unternehmen setzen bereits auf eigene Fachkräfte und binden diese mit attraktiven Gehältern und „Benefits“ an ihr Unternehmen. Da auf dem Arbeitsmarkt mittlerweile Vollbeschäfti-

gmenteigenen Unternehmen setzen bereits auf eigene Fachkräfte und binden diese mit attraktiven Gehältern und „Benefits“ an ihr Unternehmen. Da auf dem Arbeitsmarkt mittlerweile Vollbeschäfti-

gmenteigenen Unternehmen setzen bereits auf eigene Fachkräfte und binden diese mit attraktiven Gehältern und „Benefits“ an ihr Unternehmen. Da auf dem Arbeitsmarkt mittlerweile Vollbeschäfti-

gmenteigenen Unternehmen setzen bereits auf eigene Fachkräfte und binden diese mit attraktiven Gehältern und „Benefits“ an ihr Unternehmen. Da auf dem Arbeitsmarkt mittlerweile Vollbeschäfti-

gmenteigenen Unternehmen setzen bereits auf eigene Fachkräfte und binden diese mit attraktiven Gehältern und „Benefits“ an ihr Unternehmen. Da auf dem Arbeitsmarkt mittlerweile Vollbeschäfti-

¹ Quelle: ff - Das Südtiroler Wochenmagazin 29.6.2023

¹ Fonte: ff - Das Südtiroler Wochenmagazin del 29/6/2023

gung herrscht, wird es aber auch für die Unternehmer immer schwieriger, geeignete Fachkräfte zu finden. Das heißt, der Markt wird die Zahlungsbereitschaft der Unternehmen automatisch nach oben treiben und den Arbeitsmarkt leerfegen.

Die **öffentliche Hand sollte als Arbeitgeber** mit gutem Beispiel vorangehen, also die eigenen Mitarbeiter fair bezahlen. Ausgleichszahlungen/Prämien und Einmalzahlungen bieten zwar kurzfristige Entlastung, jedoch bieten sie keine langfristigen Lösungen. Wichtig ist die Anpassung der Grundgehälter an die Inflation. Neben den Inflationsanpassungen sind aber auch Lohnerhöhungen nötig, um den erlittenen Kaufkraftverlust auszugleichen. So können auch die Rentenbeiträge und somit die Rentenansprüche im Ruhestand erhöht werden. Außerdem sind die Grundgehälter die Basis für verschiedene Altersversorgungsprogramme wie betriebliche Altersvorsorge, Pensionsfonds oder Rentenpläne. Höhere Grundgehälter können zu größeren Beiträgen in solche Programme führen.

Mit großer Verspätung haben die Verhandlungen des neuen Bereichsübergreifenden Kollektivvertrags (BÜKV) zwischen der zuständigen Landesagentur und den Gewerkschaften begonnen. Der unterzeichnete Vertrag gilt rückwirkend für die Jahre 2019 bis 2021. Erst danach können die Verhandlungen für die Jahre 2022 bis 2024 aufgenommen werden. Und wieder hinkt man der Zeit hinterher. Das normale Verfahren wäre, die Verhandlungen fortlaufend zu führen und termingerecht Kollektivverträge abzuschließen. Es versteht sich von selbst, dass eine kontinuierlichere Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften stattfinden muss.

Dies alles vorausgeschickt

**verpflichtet
der Südtiroler Landtag
die Landesregierung,**

1. für die Kollektivvertragsverhandlungen auf bereichsübergreifender Ebene einen ständigen Verhandlungstisch einzurichten, mit der Verpflichtung die Frequenz der Treffen so anzulegen, dass der termingerechte Abschluss des BÜKV gewährleistet ist;
2. für die Kollektivverträge auf Bereichs- und auf dezentraler Ebene, die seit Jahren ausständig

di piena occupazione, anche per gli imprenditori diventa sempre più difficile trovare personale adeguatamente qualificato. Ciò significa che la legge del mercato indurrà le aziende a pagare stipendi più alti e ad accaparrarsi gran parte della forza lavoro.

Il **settore pubblico** dovrebbe dare il buon esempio come **datore di lavoro**, vale a dire dovrebbe retribuire adeguatamente i propri dipendenti. Indennità compensative, premi e sussidi una tantum rappresentano un sostegno nell'immediato, ma non forniscono soluzioni nel lungo periodo. È importante adeguare gli stipendi base all'inflazione. Oltre agli adeguamenti all'inflazione, sono necessari anche aumenti salariali per compensare la perdita di potere d'acquisto subita. In questo modo si aumentano i contributi previdenziali e quindi anche le pensioni. Inoltre, gli stipendi base costituiscono il perno di vari programmi pensionistici, come gli schemi pensionistici aziendali, i fondi pensione o i piani pensionistici. Stipendi base più alti possono determinare un aumento dei contributi a tali programmi.

Le trattative tra l'agenzia provinciale competente e i sindacati per il rinnovo del contratto collettivo intercompartimentale sono iniziate con grande ritardo. Il contratto sottoscritto è valido retroattivamente per gli anni 2019-2021. Solo dopo potranno essere avviate le trattative per gli anni 2022-2024. E ancora una volta siamo in ritardo. Di regola le trattative dovrebbero essere condotte in modo continuativo e i contratti collettivi dovrebbero essere stipulati entro i termini previsti. Poi va da sé che la collaborazione con i sindacati debba essere costante e continuativa.

Tutto ciò premesso,

**il Consiglio della Provincia
autonoma di Bolzano
impegna la Giunta provinciale**

1. a istituire un tavolo negoziale permanente per la contrattazione collettiva intercompartimentale, con l'impegno a fissare un calendario degli incontri che consenta di arrivare alla stipula del contratto intercompartimentale entro i termini previsti;
2. a stabilire un calendario vincolante per la contrattazione collettiva a livello di comparto e



sind, einen verbindlichen Verhandlungskalender festzulegen, um diese zum Abschluss zu bringen.

decentrato, che è ferma da anni, per arrivare alla sua conclusione.

gez. Landtagsabgeordnete
Maria Elisabeth Rieder
Paul Köllensperger
Dr. Franz Ploner
Alex Ploner

f.to consiglieri provinciali
Maria Elisabeth Rieder
Paul Köllensperger
dott. Franz Ploner
Alex Ploner